

Merseburger Correspondent.

Erscheinung:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Heraultträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

N. 188.

Donnerstag den 17. November.

1881.

Fürst Bismarck und der Herzog der Antisemiten.

Man schreibt uns aus Berlin:
„Unsere vor 14 Tagen gemachten Enthüllungen über die Kassenverhältnisse der Antisemiten und des konservativen Centralcomité's sind auch von der Berliner Presse vielfach reproducirt worden und haben in den Kreisen der Berliner Führer der nationar-antisemitischen Bewegung große Aufregung hervorgerufen. Aber das „Deutsche Tageblatt“ hat nicht mit einer Silbe eine Widerlegung oder Ablehnung versucht, weil eben unsere Angaben richtig waren und weil man dort mit Recht annahm, wer so genau über die Dinge informirt ist, würde wohl auch gegebenen Falles noch mehr zu erzählen wissen. Die Enthüllung war um so unangenehmer, da sie mit einer Krisis in der antisemitischen Bewegung zusammenfiel. Die angeblich konservative Bewegung in Berlin beruht hauptsächlich auf dem Antisemitismus; ohne diesen bricht sie sogleich vollständig zusammen. Der Antisemitismus hat aber die Bedeutung, welche er erlangt hat, nur der Annahme zu verdanken, daß Fürst Bismarck sein geheimes Schutzpatron sei, der eines Tages plötzlich hervortreten und nach dem Wunsche der Sücker, Förster, Henrich und Ruppel mit den Juden verfahren werde. Die Mittheilung der „Nationalzeitung“, daß Fürst Bismarck die Judenhege gegenüber einem jüdischen Geschäftsfreunde in kräftigen Ausdrücken gemißbilligt habe, schlug wie eine Bombe in die schon wegen der Niederlage bei den Berliner Wahlen deprimirten Gemüther. Man fühlte sich im Stiche gelassen von Dem, auf den man sich gerechnet hatte, dem man einen Gefallen gethan zu haben glaubte. Während über die Mittheilung der „Nationalztg.“ war aber besonders Herr Rudolph Herzog, der reiche Berliner Schnittwaarenhändler in der Breiten Straße, welcher sich die Förderung der antisemitischen Bewegung hatte Hunderttausende kosten lassen. Derselbe war erheitert darüber, daß er das viele Geld nun vergeblich geopfert haben sollte, und er schien nicht geneigt, sich noch weiter solche Opfer aufzulegen. Wenn aber die durch Herrn Herzog der konservativen antisemitischen Kasse zugegangenen Mittel aufhören sollten zu fließen, so würde es mit der Sache ziemlich zu Ende sein. Nicht nur die Agitatoren wollen leben, auch die Presse verschluckt bedeutende Summen. Da ist z. B. das „Deutsche Tageblatt“; dasselbe sollte anfänglich vorzugsweise eine agrarische Tendenz haben; aber nicht die Herren Großgrundbesitzer haben die Mittel zu seiner Begründung gegeben, sondern drei Berliner Börsenleute, und wahrzuerhalten kann es nur durch die Mittel des Herrn Herzog werden. Denn das „Deutsche Tageblatt“ wird zwar in einer erheblichen Anzahl von Exemplaren aufgelegt, aber die Mehrzahl derselben wird gratis vertheilt, und der Mangel an Inseraten ist so groß, daß das Blatt die Annoncen anderer Blätter nachdrucken muß, um eine vierte Seite zu füllen. Die Herren prahlen zwar, daß sie schon 6000 Mark monatlich an Annoncen aus Inseraten hätten; aber auch das ist noch sehr wenig für ein größeres Berliner Blatt. Da müssen die großen Inserate des Herrn Herzog Hilfe bringen; mit ihrem Ertrag werden

— so erzählen die Herren selbst — drei Redacteurs unterhalten. Wenn diese Hilfe wegbliebe, müßte das Unternehmen, welches überhaupt auf schwachen Füßen steht — ein neues Zeitungsunternehmen verdrängt auch im besten Falle immer sehr beträchtliche Summen — zusammenbrechen. Das „Deutsche Tageblatt“ ist aber eigentlich das Organ der neuen Aera, welche soeben angekündigt wird, der der clerikal-konservativen Allianz.
Um Herrn Herzogs pecuniäre Wirksamkeit für die „gute Sache“ zu erhalten, wurden ihm Anfangs private Aeusserungen des Herrn Reichsfanzlers mitgetheilt, welche in der Judenfrage ganz anders lauten, als die gegen Herrn Behrendt aus Köslin gethanen. Damit ließ sich aber Herr Herzog nicht genügen. Er wird nun aber doch wohl versöhnt sein. Fürst Bismarck hat selbst einen Schritt gethan, der Dies bewirken wird. Der Herr Reichsfanzler hat einen eigenhändigen Brief an Herrn Herzog geschrieben, um seiner „Freude über dessen opferbereite und mutige Theilnahme am Kampfe gegen die Fortschrittspartei Ausdruck zu geben.“ Fürst Bismarck sagt, Herr Herzog habe ein „glänzendes Beispiel“ gegeben, das betend auf die „Gefinnungsgenossen“ wirken werde.
„Fürst Bismarck hat also Herrn Herzog, dessen politischen Glaubensbekenntniß einzig und allein in dem Antisemitismus besteht, als seinen „Gefinnungsgenossen“ begrüßt. Er sagt in seiner Reichstagsrede vom 8. Mai 1880, er würde, wenn die politischen Parteien seinen Plänen Widerstand leisteten, auch heute vor bedenklichen Mitteln nicht zurückschrecken. Wir sehen jetzt, daß er nach jenen Worten handelt. Aber wir bezweifeln, daß er damit das erreichen wird, was er bezweckt. Schon die eben vollzogenen Wahlen beweisen, daß er sich auch gründlich verrechnen kann. Das deutsche Volk hat am 27. October und bei den Stichwahlen bewiesen, daß es sehr wohl zu unterscheiden weiß, in welchen Fragen es der Führung des Fürsten Bismarck unbedingt folgen kann und in welchen es seinen Plänen Widerstand leisten muß, wenn es nicht die Zukunft unserer Nation gefährden will. Das deutsche Volk hat durch sein Votum gezeigt, daß es sich nicht als unmnüdig behandeln lassen will. Es wird auch ferner den Beweis liefern, daß der Herr Reichsfanzler trotz seiner großen Verdienste ihm nicht gar zu viel zumuthen darf.“

Politische Uebersicht.

Die lange Unterredung zwischen dem Kaiser und dem Reichsfanzler am letzten Sonntag hat nach der „Köln. Ztg.“ zu dem Ergebnis geführt, daß Fürst Bismarck, nachdem er sich durch den Ausfall der Wahlen davon überzeugt hat, daß er für seine Pläne eine feste Stütze im künftigen Reichstage nicht finden werde, vom Kaiser die Ermächtigung erbeten und erhalten hat, mit den Mitgliedern derjenigen Parteien, welche voraussichtlich eine Mehrheit zu bilden im Stande sein werden — also neben den Konservativen mit dem Centrum und der großen liberalen Partei — darüber zu verhandeln, ob und unter welchen Bedingungen sie geneigt sein würden, mit ihm in die Führung der Geschäfte einzutreten. Fürst Bis-

marck will dem Lande, so weit es in seinen Kräften steht, einen Conflict zu ersparen suchen und sich daher bemühen, solche politische Persönlichkeiten zur Regierung zu berufen, welche eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden sich zutrauen und geeignet erscheinen. Natürlich wird man erst eine entscheidende Abstimmung im Reichstage abwarten müssen, bevor dieser festgelegte Plan greifbar ins Leben treten kann. Auf eine bloße Wahlliste mit zum Theil noch unbekanntem Namen hin kann ein so tief eingreifender Beschluß selbstverständlich nicht gefaßt werden. Am Montag ist Ministerrath abgehalten worden. Nach Beendigung der Sitzung hat sich der Reichsfanzler sofort in das kaiserliche Palais begeben, um Sr. Majestät Bericht zu halten.
Mit allen Künsten der Schönfärberei hat Dr. Dunajewski es verstanden, die finanzielle Lage Oesterreichs dem Abgeordnetenhaufe in einem möglichst günstigen Lichte darzustellen und durch Entfaltung zauberischer Zukunftsbilder über die Unerfreulichkeit der Gegenwart hinwegzutäuschen. Trog aller Calculationen und Manipulationen liegt es aber Thatsache, daß das Deficit pro 1882 sich auf 37 Millionen und nicht, wie Herr Dunajewski glauben machen will, auf nur 22 Millionen beläuft. Herr Dunajewski lebt infess der frohen Hoffnung, daß die chronischen Deficits sich in steigender Progression vermindern und in nicht zu ferner Zeit der Geschichte angehören werden. Um dies Ziel zu erreichen, giebt es nach der Ansicht des österreichischen Finanzministers zwei ebenso einfache wie untrügliche Mittel: Einführung von Erparungen und die Hebung der Staatseinnahmen. Nur dürfte es darauf ankommen, daß die Erparungen an der richtigen Stelle gemacht und die Einnahmen nicht allein durch weitere Belastung des Steuerzahlers vermehrt werden. In beiden Punkten aber versieht es das Programm des Dr. Dunajewski gar arg, denn mit den Erparungen will der Minister den Anfang gerade da machen, wo sonst Munitenz die erste Pflicht des Staates ist, bei den Witwen und Waisen der öffentlichen Beamten; und die Erschließung neuer Einnahmequellen denkt Dr. Dunajewski durch nichts Anders zu bewirken, als durch die möglichst intensive Anziehung der Steuerzahler. Es sind das keine erbaulichen Ausichten, die dem österreichischen Steuerzahler da eröffnet werden. Der Schluß der ministeriellen Darlegungen bildete dann doch wieder die Ankündigung der unvermeidlichen Anleihe.
Der große Augenblick in Frankreich ist da: das Ministerium Gambetta ist mit folgender Liste in's Leben getreten: Gambetta Präsident und Minister des Auswärtigen mit Spuller als Unterrichtssecretär, Waldeck-Roussseau Inneres, Vert Unterrichts, Campenon Krieg, Allain Targé Finanzen, Raynal öffentliche Arbeiten, Cochetz Posten, Rouvier Handel, Kolonien und Handelsmarine, Cazot Justiz, Soujeard Kriegsmarine, Depes Landwirthschaft, Proust Künste und Gewerbe. Dem Präsidenten Grévy wurde das Wort in den Mund gelegt, das „große Ministerium“ werde eine große Enttäuschung sein. Die Prophezeiung scheint sich erfüllen zu wollen. Die erste Enttäuschung zeigt sich schon jetzt in Gestalt der Ministerliste, welche die Ankündigung gambettistischer Blätter, dieselbe

weide mancherlei Ueberraschungen bringen, in ganz eigenthümlicher Weise wahr macht. Ueberraschend ist es allerdings, fast das „großen Ministeriums“ nun ein Cabinet von fast lauter Staatsmännischen Kullen vor sich zu sehen, denen nur die Eins, Gambetta genannt, Bedeutung verleiht. Man hatte erwartet, es solle ein Cabinet von Capacitäten aus breiterer republikanischer Grundlage mit Heranziehung aller Gruppen der neuen Kammermehrheit und ihrer hervorragendsten Kräfte gebildet werden. Und siehe da, ein Cabinet steht vor uns, das mit verschwindenden Ausnahmen aus Mitgliedern der „Union républicaine“, aus Gambettisten sans phrase zusammengesetzt ist. Mehrere der jetzt Ernannten waren ursprünglich als Unterstaatssecretäre ins Ausicht genommen, und es macht ganz den Eindruck, als ob sie, trotz ihres Ministeriells, nicht viel mehr als Unterstaatssecretäre Gambetta's sein würden, der sich alle Initiative vorbehalten hat und dessen gewaltig überragende Stellung in dem neuen Cabinet etwa derjenigen ähnlich sein wird, die bei uns in Deutschland Fürst Bismarck seinen Ministercollegen gegenüber einnimmt. Mit dieser ministeriellen Allmacht haben wir selbst aber zu schlimme Erfahrungen gemacht, als daß wir annehmen könnten, sie würde in Frankreich gute Früchte tragen.

Deutschland.

— (Die Absicht des Kaisers), den Reichstag in Person zu eröffnen, ist nach der „Kr.-Ztg.“ auf ärztlichen Widerstand gestossen. Der Eröffnung werden voraussichtlich die Prinzen Wilhelm und Heinrich (zum ersten Male) beiwohnen. — Genanntes Blatt berichtet ferner: „Der Kanzler bleib! Das ist das Resultat unserer Erkundigungen.“ Das Erscheinen des Kanzlers und der ausführliche Vortrag, welchen derselbe Sr. Majestät gehalten, hat allen Rebel verschüchert, indem das volle Einverständnis des Monarchen in der Beurtheilung der augenblicklichen Lage und in Bezug auf die zunächst einzuschlagenden Wege der Regierung mit dem Kanzler hervorgetreten ist. Die nächste Zeit dürfte bereits eine Kundgebung dieser Art bringen.

— (Die Reichsregierung) beabsichtigt, eine Beteiligung des deutschen Reiches an dem Projecte der internationalen Polarforschungen und deshalb bei dem Reichstage die Bewilligung der erforderlichen Mittel auf Höhe von 300 000 Mk. zu beantragen.

— (Die bayerische Abgeordnetenkammer) hat am Dienstag nach langer Berathung den Antrag Mayer auf Aufhebung der obligatorischen Civilehe angenommen. Die Partei der Rechten stimmte geschlossen für den Antrag und gegen die Linke. Der Justizminister v. Häußler hat sich ausführlich gegen den Antrag ausgesprochen, die Motive desselben widerlegt und die Unbruchbarkeit desselben nachgewiesen; er schloß mit dem Bemerkten, er sei ungenügend dessen vom Gesamtministerium ermächtigt, zu erklären, daß dasselbe nicht in der Lage sei, die Krone im Sinne des Antrags Mayer zu beraten.

Zu den Wahlen.

In den Stichwahlen siegten ferner: in Parchim Hermes (fortsch.); in Fraustadt v. Chlapowski (Volk.); in Schwes Kossowski (Volk.); in Gera Dr. Max Hirsch (fortsch.); in Gerabronn Karl Meyer (Volk.); in Elmshorn Dr. Gieschen (fortsch.); in Aurich Althorn (fortsch.); in Zwickau Stolle (sozial.); in Fischpau Kufsobach (lezz.); in Bückeburg Hampforn (lib.); in Chemnitz Geiser (sozial.).

Nach den weiteren Stichwahl-Resultaten (nur 12 Stellen noch) gestaltet sich das Verhältnis der Parteien in folgender Weise: Es zählen bis jetzt die einzelnen Fractionen 1) Centrum (incl. 9 Welfen) 107, 2) Fortschrittspartei 57, 3) Deutsch-konervative 50, 4) Sezessionisten 43, 5) Nationalliberale 41, 6) Freikonervative 24, 7) Polen 17, 8) Elsaß-Lothringer 15, 9) Sozialdemokraten 13, 10) demokratische Volkspartei 8, 11) „Wilde“ 8 und 12) Dänen 2 Mitglieder. Die Konserverativen zusammen erreichen demnach die Stärke

von 74 Mitgliedern, die drei großen liberalen Fractionen zählen 141, dazu kommen 5 „Wilde“ und sehen etwa noch 6 Siege in Aussicht, so daß die Gesamtzahl der Liberalen (ohne die 8 Mann der Volkspartei) sich auf 152 belaufen würde. (Die Gruppen Schaaf-Wolf und Löwe-Galbe sind ganz verschwunden). Die Konserverativen werden es schwerlich über 80 Mitglieder bringen. Sie haben also mit Centrum (und Welfen), denen höchstens noch zwei Siege zufallen werden, nur 189 Mitglieder, es fehlen ihnen demnach an der absoluten Majorität grade 10 Mitglieder. Die Polen, Elsaßer, Dänen und Sozialdemokraten werden ungefähr die Zahl von 50 erreichen.

Die Verhandlungen der Provinzial-Synode.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung für die am 10. Nov. stattgefundene 9. Sitzung der Synode betraf die Remunerierung der Superintendenten von Erfurt und Rosla, welche bereits ein ausreichendes Eporhosgehalt beziehen, und dreier anderer Superintendenten, deren Geschäftskreis keinen bedeutenden Umfang hat, ist nach den Beschlüssen der Versammlung jedes Eporhos eine Bureaukostenvergütung zu gewähren, welche im Minimum und der Regel nach 150 Mk. jährlich betragen soll und beim Spezialnachweis höheren Bedürfnisses bis auf 300 Mk. erhöht werden darf. Auf diese Pauschsummen sind die bereits jetzt den einzelnen Superintendenten zuzurechnenden Bureaukosten zu verrechnen. Ohne Anrechnung der Remunerationen für die Schulaufsicht und für Leitung der Kreisvorbereitung soll ferner jeder Eporhos, ausgenommen die, deren Pfarreinkommen 6000 Mk. excl. Dienstwohnung übersteigt, jährlich als allgemeine Dienstauswandschädigung 300 Mk. erhalten.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung betraf die Anlegung kirchlicher Lagerbücher, bezüglich deren das Konsistorium eine Vorlage überreicht hatte. Weder aus älterer noch aus neuerer Zeit bestehen allgemeine, die ganze Provinz Sachsen umfassende Verordnungen, betreffend die Aufstellung vollständiger Verzeichnisse der Vermögensbestandtheile und Rechte (Immobilien, Realitäten, Renten, Gerechtigkeiten, Capitalien, Mobilien u. s. w.), der Kirchen, kirchlichen Institute, Pfarren, Diocane, Küsterien und sonstiger kirchlicher Stellen und Anstalten. Im Auftrage des Oberkirchenraths hat daher das Konsistorium ein Schema zur Anlegung und Fortführung der kirchlichen Lagerbücher aufgestellt und eine Instruktion für die bei diesem Geschäft beteiligten Faktoren unter Anlehnung an die für die Provinz Westfalen 1863 und 1864 erlassene entworfen. Die Commission der Synode ist der Vorlage des Konsistoriums beigetreten, und ihre Referenten machten auf die großen Verluste aufmerksam, welche die Kirche mangels eines solchen Fundamentes an manchen Orten bei den Ablösungen, Separationen und dergl. erlitten hat. Den Beschlüssen der Commission gemäß wurden darum auch die Vorlagen des Konsistoriums, wenige Aenderungen vorausgesetzt, gutgeheißen.

Am 11. Novbr. fanden zwei Sitzungen statt, von denen die eine von 10¹/₄ bis 2¹/₂ Uhr, die andere von 6¹/₄ bis 8³/₄ Uhr dauerte. In der Tagesitzung beschäftigte sich die Synode zunächst mit dem Proponendum des Evangelischen Oberkirchenraths wegen Revision der landeskirchlichen Agende, und nahm die Versammlung die bezüglichen Anträge der Commission ohne Specialdiscussion an. Dann schritt man zur Wahl von Deputirten zur Theilnahme an den theologischen Prüfungen, aus welche die Herren Superintendenten Wolf, Renner und Rietschel ernannt wurden. Der dritte Gegenstand der Tagesordnung betraf den Druck und Verlag des Provinzial-Gesangbuches, das auf Rechnung der Synodalfasse herausgegeben und zu ihrem Vortheil vertrieben werden soll. Die weiteren Verhandlungen bezogen sich auf Angelegenheiten von weniger allgemeinem Interesse und erwähnen wir nur der beiden Beschlüsse, eine Controle über die Ans und

Abziehenden der evangelischen Gemeinde herbeizuführen und das Konsistorium um den Erlaß einer einheitlichen Pathenordnung zu ersuchen.

Auch die 11. und letzte Sitzung (am Abend des 11. Nov.), in welcher eine Adresse an den Kaiser beschlossen wurde, bot wenig allgemeines Interesse. Von tiefergehender Bedeutung war nur die Berathung und Beschlußfassung über einen Antrag der Synode Langensalza bez. den Geschäftsverkehr am Sonntage. Die Commission empfahl der Versammlung, den Antrag in der Richtung, ein Verbot des öffentlichen Handelsverkehrs an Sonn- und Festtagen — ausgenommen den Lebensmittelverkauf zu den außer-gottesdienstlichen Stunden — für die ganze Provinz herbeizuführen, durch ihr Votum zu unterstützen. Referent erklärte, die Verordnung des Oberpräsidenten vom Jahre 1879, betreffend den Verkehr an Sonntagen, genüge nicht und bedürfe es schärferer Bestimmungen. Nothwendige Arbeit müsse zwar am Sonntag geschehen, unnötige aber nicht. Am Sonnabend würden in Magdeburg am Breitenweg von jüdischen Kaufleuten mehr Läden geschlossen gehalten, als von christlichen Kaufleuten daselbst am Sonntag! Synodale Hörer bat den Antrag anzunehmen. Die Sonntagsruhe habe so hohe ethische und sociale Bedeutung, daß sie immer wieder auf die Tagesordnung der Synode gesetzt werden müsse. Die Verfassung von 1879 sei ein heilsamer Ausgangspunkt zur Lösung der Frage, aber man müsse weiter gehen. Fabrik- und Bauarbeiten würden sehr viel, auch am Sonntage fortgesetzt, und es frage sich, ob dies nothwendig sei. Sollten nicht die Restaurationen während des Gottesdienstes geschlossen werden? Die Läden hätten ihre Hinterthüren und gebe der Verkehr unter dem Gottesdienst fort. In Leipzig ruhe dieser Verkehr viel mehr als in Halle — warum sei es dort nicht möglich? Willrecht dürfte den Localbehörden erlaubt werden, über die Vorzeichen der allgemeinen Verfügung für die Provinz hinauszugehen. Synodale v. Boff erkannte es als Fortschritt an, daß für die ganze Provinz eine einheitliche Sonntagsordnung gegeben ist. Es sei sehr schwierig, hierin das Richtige zu treffen. Kleine Leute vom Lande seien leider genöthigt, Sonntags ihre Sachen in der Stadt zu kaufen. Es sei nicht genehm, spezielle Localpolizeiverordnungen zu geben neben den allgemeinen. Es sei nicht möglich, absolut die Läden zu schließen. Synodale Schott sprach gegen locale Polizeiverordnungen, weil sie den Verkehr schädigten. Aber was in Leipzig möglich sei, müsse auch in Halle möglich sein; dazu habe Leipzig einen größeren industriellen Verkehr als Halle. In Frankfurt a. M. habe er völlige Sonntagsruhe gefunden. Nicht die kleinen Leute, sondern andere Landleute zögen Sonntags zu Wagen in die Stadt. Man möge dem Volke seine Freiheit wiedergeben, daß es den Sonntag als Tag des Herrn feiern könne. Die Com. m. Lehrlinge, Gesellen würden Sklaven der Arbeit und sollten wieder frei werden. Die Majestät des Sonntags fordere ihr Recht. — In der Abstimmung wurde der Antrag der Commission einstimmig angenommen.

Nach Erledigung der Tagesordnung gab der Präsident eine Uebersicht über die Geschäftstätigkeit der Synode und sprach dem königlichen Commissar den Dank der Versammlung aus. Letzterer erwiderte namens des Evangelischen Oberkirchenraths, worauf Synodale Rorhe auch dem Präsidenten und dem Vorstande dankte. Mit einem vom Generalsuperintendenten Dr. Schulze gesprochenen Gebet und einem Hoch auf den Kaiser wurde die Synode geschlossen.

Provinz und Umgegend.

Am Dienstag Morgen kurz nach 6 Uhr entstand in der Wohnung der Witwe Büchel, gr. Märkerstr. 18 in Halle auf noch nicht aufgeklärte Weise Feuer, wobei die Tochter der Frau Büchel, verwitwete Hessler durch Erhitzen resp. Verbrennen leider ihren Tod fand, trotzdem der Brand bald gelöscht wurde. Frau Büchel war sich zu Wäsche gegangen, und die verw. Hessler war allein zu Hause geblieben. Als Entschuldigungs-

Bekanntmachung.
 Sonnabend den 19. November cr, vormittags 10 Uhr,
 sollen im hiesigen Rathes-Saal
 1 Kommode,
 1 Messerschirm,
 sowie verschiedene andere Gegenstände meistbietend gegen
 sofortige Zahlung versteigert werden.
 Merseburg, den 14. November 1891.
Stadt-Steuerkasse



Ein starkes Arbeitspferd, schwerer
 Zieher, ein- und zweispännig gehend,
 gesund und fehlerfrei, steht zum Verkauf
Breitestr. 18.

Sophas, Stühle, Matratzen
 fertigt elegant und billigt **H. Nolte**, Breitestr. 8 (Hof)

Ein großes herrschaftliches Bogis, auf Verlangen mit
 Pferdebestell, ist zu vermieten und sofort zu beziehen.
 Auch ist dasselbst ein großer kupferner Kessel und ein
 neuer Heizofen billig zu verkaufen.

Oberaltenburg Nr. 21.

Breitestr. 16 ist ein Familienlogis an tüchtige
 Leute zu vermieten und 1. Januar zu beziehen.

Ein Baden mit Nebenstube ist zum 1. Dezember oder
 später zu vermieten **Schmalestr. Nr. 7.**

Ein Familienlogis, zum Preise von 90 bis 100 Mk.,
 wird zu Neujahr zu beziehen gesucht. Näheres in
 der Exped. d. Bl.

Wohnungsveränderung.

Ich setze hiermit an, daß ich nicht mehr H. Sixt-
 str. Nr. 19, sondern in der Saalstr. Nr. 6 im
 Hofe wohne.

Anzeige. Kapitalien von
 jeder beliebigen
 Summe sind sofort, jedoch nur auf
 gute Grundstücks-Hypothek zu 4 1/2 %
 Zinsen auszuliehen durch den Kreis-Auktions-
 Commissar Rindfleisch in Merseburg.

Kunst-Lotterie

des von
 Ihrer Majestät der Königin Carola von Sachsen
 gegründeten

und unter Allerhöchsteren Leitung stehenden
Albert-Vereins im Königreiche Sachsen.

1 Hauptgewinn im Werte von Mk. 20,000, 10,000,
 6,000, 4,000, 3,000 u. s. w., zusammen 3,500 Gewinne
 im Gesamtwerte von 211,060 Mk.

Ziehung am 1. Dezember 1891 in Dresden.
 Loose à 5 Mk. sind in der Exped. d. Bl. zu haben.

Zum Todtenfeste.

Eine große Auswahl Kränze zum
 billigsten Preise empfiehlt

die Blumenhandlung von
M. Geithner,
 Gotthardtsstr. 12.

Gold- und Silberfäden, Uhren, Ketten,
 Wäsche, Kleidungsstücke u. s. w. werden
 als Pfänder zu jeder Tageszeit angenommen von der
Pfandleihanstalt von

Rudolf Ebeling,

Schmalestr. 17.

NB. Ketten, Wäsche und Kleidungsstücke werden nur
 außer und in gutem Zustande abgenommen.

Adress- und Visitenkarten
 fertigt elegant und billig **F. Karus**, Brühl 17.

Kanarienvogel

(Sohltriller) vorzüglichsten Gesangs läßt noch billig ab
T. Bradke, Unteraltenburg 29.

Aepfel-Gelée,

rheinisches Obsttraut, das Gesund- und Fätschen brutto für
 netto, postfrei, Badung frei, gegen Nachnahme oder
 baar zu Mk. 6,50 empfehlen (H. 62988.)

ter Meer & Weymar
 in Klein-Heubach a. Main.

Näh-Maschinen,
 empfiehlt unter mehrjäh-
 riger Garantie zu billig-
 sten Preisen
C. Hartung,
 Gotthardtsstr. 18.

Restauration z. Tiefen Keller.

Donnerstag Schlachtfest,
 9 Uhr Wellfleisch. Es ladet dazu ergebenst ein
Fr. Stollberg.

Grube „Paul“ — von A. Riebeck, Luckenau.

Briquettes und Preßkohlensteine

halte ich zu noch sehr billigem Preise hierdurch bestens empfohlen.
 Qualität vorzüglich; Format sehr groß; Lieferung prompt.

J. V. Heinrich Schultze,

kleine Ritterstraße Nr. 17.

Prima fette Kieler Sprotten,

(M. 270/11 A.)
 liefert franco incl. Verpackung
 1/2 Postfiste ca. 400 St. Inhalt Rml. 3,75,
 1/2 " " ca. 200 " " " 2,30,

A. L. Mohr Nachf.,
 Fischräucherei.

**Zu
 Weihnachtsgeschenken**

empfehle Briefbogen und Couverts mit



in eleganter Verpackung.

Ein Monogramm-Musterbuch mit 400 verschiedenen Prägungen liegt
 zur gest. Auswahl aus.

Um recht zeitige Aufgabe wird höflichst gebeten.

H. F. Exius Nachf.

Großer Ausverkauf.

500 Stück Winter-Ritzen werden um damit zu räumen für den
 Kostenpreis verkauft bei

J. G. Knauth & Sohn, Entenplan 8.

Echte

Emser Pastillen,
 Karlsbader Pastillen,
 Kissingener Pastillen,
 Vichy-Pastillen

sind zu den billigsten Preisen zu haben in der
Medicinal-Drogen-Handlung

von
Paul Marckscheffel,

Nr. 7 Breitestr. Nr. 7.



Schwe-
 dischen Fisch-
 öl, crystalheller
 Leim u. Gummi,
 Gallus-, Kaiser-,
 Alizarin-, Wäsche-
 zeichnen-Tinte u.
 Stempelfarbe

in anerkannt vorzüg-
 lichen Qualitäten
 empfiehlt
H. Sumprecht
 Entenplan 3.

**Stadtverordneten-
 Wahlversammlung.**

Die Bürger der III. Abtheilung werden hiermit freund-
 lichst erlucht, Freitag den 18. November d. J., abends
 8 Uhr, im Gasthose zum Thüringer Hof zu erscheinen.
 Tagesordnung: Aufstellung von Candidaten für
 die bevorstehende Wahl.

Zur Feier des Todtenfestes

Sonntag den 20. November, von 5-6 Uhr,

im Dome

Musikaufführung

des Gesang-Vereins.

Missa pro defunctis

von Cherubini.

Eintrittskarten à 1 Mk. bei Hrn. Wiese u. Nabe.

Die Mitglieder haben Eintritt gegen Abgabe der Mit-
 gliedkarte.

Sonnabend 7 Uhr Hauptprobe im Dome.

Hospitalgarten.

Sollte Jemand von meinen werthen Gästen durch die
 Einladung zu meiner heute den 17. Nov. stattfindenden
 Kirmess übergangen worden sein, so lade ich hierdurch
 nochmals freundlichst ein.
H. Preuß.

Gottschalks Restauration.

Sonnabend den 19. d. M. Schlachtfest, von früh 9
 Uhr ab Wellfleisch und Wellwürstchen, abends Brat-
 und frische Wurst, wozu freundlichst einladet
d. D.

Gesuch.

Tüchtige Köchinnen mit guten Zeugnissen erhalten bei
 hohem Lohn Stellung zum 1. Januar durch
 Frau E. Schröder, Markt Nr. 19.

Entlaufen

zwischen Merseburg und Köbisdorf ein großer grauer
 Bernhardsinerhund. Gegen Vergütung der Futterkosten
 und Belohnung bitte ich um Zurückführung des Thieres.
A. Eye, Merseburg, Halleische Straße Nr. 35.

Redaction, Druck und Verlag von Th. Köhner in Merseburg.

Merseburger Correspondent.

Ersteigent:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
30 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

N. 188.

Donnerstag den 17. November.

1881.

Fürst Bismarck und der Herzog der Antisemiten.

Man schreibt uns aus Berlin:
„Unsere vor 14 Tagen gemachten Enthüllungen über die Kassenverhältnisse der Antisemiten und des konservativen Centralcomité's sind auch von der Berliner Presse vielfach reproducirt worden und haben in den Kreisen der Berliner Führer der nationar-antisemitischen Bewegung große Aufregung hervorgerufen. Aber das „Deutsche Tageblatt“ hat nicht mit einer Silbe eine Widerlegung oder Ablehnung versucht, weil eben unsere Angaben richtig waren und weil man dort mit Recht annahm, wer so genau über die Dinge informirt ist, würde wohl auch gegebenen Falles noch mehr zu erzählen wissen. Die Enthüllung war um so unangenehmer, da sie mit einer Krisis in der antisemitischen Bewegung zusammenfiel. Die angeblich konservative Bewegung in Berlin beruht hauptsächlich auf dem Antisemitismus; ohne diesen bricht sie sogleich vollständig zusammen. Der Antisemitismus hat aber die Bedeutung, welche er erlangt hat, nur der Annahme zu verdanken, daß Fürst Bismarck sein geheimes Schutzpatron sei, der eines Tages plötzlich hervortreten und nach dem Wunsche der Sücker, Förster, Henrich und Ruppel mit den Juden verfahren werde. Die Mittheilung der „Nationalzeitung“, daß Fürst Bismarck die Judenhege gegenüber einem jüdischen Geschäftsfreunde in kräftigen Ausdrücken gemißbilligt habe, schlug wie eine Bombe in die schon wegen der Niederlage bei den Berliner Wahlen deprimirten Gemüther. Man fühlte sich im Stiche gelassen von Dem, auf den man sich gerechnet hatte, dem man einen Gefallen gethan zu haben glaubte. Während über die Mittheilung der „Nationalztg.“ war aber besonders Herr Rudolph Herzog, der reiche Berliner Schnittwaarenhändler in der Breiten Straße, welcher sich die Förderung der antisemitischen Bewegung hatte Hunderttausende kosten lassen. Derselbe war erittert darüber, daß er das viele Geld nun vergeblich geopfert haben sollte, und er schien nicht geneigt, sich noch weiter solche Opfer aufzulegen. Wenn aber die durch Herrn Herzog der konservativ-antisemitischen Kasse zugegangenen Mittel aufhören sollten zu fließen, so würde es mit der Sache ziemlich zu Ende sein. Nicht nur die Agitatoren wollen leben, auch die Presse verschluckt bedeutende Summen. Da ist z. B. das „Deutsche Tageblatt“; dasselbe sollte anfänglich vorzugsweise eine agrarische Tendenz haben; aber nicht die Herren Großgrundbesitzer haben die Mittel zu seiner Begründung gegeben, sondern drei Berliner Börsenleute, und wackerhalten kann es nur durch die Mittel des Herrn Herzog werden. Denn das „Deutsche Tageblatt“ wird zwar in einer erheblichen Anzahl von Exemplaren aufgelegt, aber die Mehrzahl derselben wird gratis vertheilt, und der Mangel an Inseraten ist so groß, daß das Blatt die Annoncen anderer Blätter nachdrucken muß, um seine vierte Seite zu füllen. Die Herren probiren zwar, daß sie schon 6000 Mark monatlich an Annahmen aus Inseraten hätten; aber auch das ist noch sehr wenig für ein größeres Berliner Blatt. Da müssen die großen Inseraten des Herrn Herzog Hülfe bringen; mit ihrem Ertrag werden

so erzählen die Herren selbst — drei Redacteurs unterhalten. Wenn diese Hülfe wegblicke, müßte das Unternehmen, welches überhaupt auf schwachen Füßen steht — ein neues Zeitungsunternehmen verchlingt auch im besten Falle immer sehr beträchtliche Summen — zusammenbrechen. Das „Deutsche Tageblatt“ ist aber eigentlich das Organ der neuen Aera, welche soeben angekündigt wird, der der clerikal-konservativen Allianz.

Um Herrn Herzogs pecuniäre Wirksamkeit für die „gute Sache“ zu erhalten, wurden ihm Anfangs private Aeusserungen des Herrn Reichskanzlers mitgetheilt, welche in der Judenfrage ganz anders lauten, als die gegen Herrn Behrendt aus Köslin gethanen. Damit ließ sich aber Herr Herzog nicht genügen. Er wird nun aber doch wohl versöhnt sein. Fürst Bismarck hat selbst einen Schritt gethan, der Dies bewirken wird. Der Herr Reichskanzler hat einen eigenhändigen Brief an Herrn Herzog geschrieben, um seiner Freude über dessen operetivische und mutige Theilnahme am Kampfe gegen die Fortschrittspartei Ausdruck zu geben.“ Fürst Bismarck sagt, Herr Herzog habe ein „glänzendes Beispiel“ gegeben, das bedehnd auf die „Oeffnungsgenossen“ wirken werde.

„Fürst Bismarck hat also Herrn Herzog, dessen politischen Glaubensbekenntniß einzig und allein in dem Antisemitismus besteht, als seinen „Gesinnungs-genossen“ begrüßt. Er sagt in seiner Reichstagsrede vom 8. Mai 1880, er würde, wenn die politischen Parteien seinen Plänen Widerstand leisteten, auch heute vor bedenklichen Mitteln nicht zurückzureden. Wir sehen jetzt, daß er nach jenen Worten handelt. Aber wir bemerken, daß er sich

also neben den konservativen mit dem Centrum und der großen liberalen Partei — darüber zu verhandeln, ob und unter welchen Bedingungen sie geneigt sein würden, mit ihm in die Führung der Geschäfte einzutreten. Fürst Bis-

marck will dem Lande, so weit es in seinen Kräften steht, einen Conflict zu ersparen suchen und sich daher bemühen, solche politische Persönlichkeiten zur Regierung zu berufen, welche eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden sich zutrauen und geeignet erscheinen. Natürlich wird man erst eine entscheidende Abstimmung im Reichstage abwarten müssen, bevor dieser festgesetzte Plan greifbar ins Leben treten kann. Auf eine bloße Wahlliste mit zum Theil noch unbekanntem Namen hin kann ein so tief eingreifender Beschluß selbstverständlich nicht gefaßt werden. Am Montag ist Ministerrath abgehalten worden. Nach Beendigung der Sitzung hat sich der Reichskanzler sofort in das kaiserliche Palais begeben, um Sr. Majestät Bericht zu halten.

Mit allen Künsten der Schönfärberei hat Dr. Dunajewski es verstanden, die finanzielle Lage Oesterreichs dem Abgeordnetenhaufe in einem möglichst günstigen Lichte darzustellen und durch Entzweiung zauberischer Zukunftsbilder über die Unerfreulichkeit der Gegenwart hinwegzutäuschen. Trotz aller Calculationen und Manipulationen bleibt es aber Thatsache, daß das Deficit pro 1882 sich auf 37 Millionen und nicht, wie Herr Dunajewski glauben machen will, auf nur 22 Millionen beläuft. Herr Dunajewski lebt in der frohen Hoffnung, daß die chronischen Deficits sich in steigender Progression vermindern und in nicht zu ferner Zeit der Geschichte angehören werden. Um dies Ziel zu erreichen, giebt es nach der Ansicht des österreichischen Finanzministers zwei ebenso einfache wie untrügliche Mittel: Einführung von Erparungen und die Hebung der Staatseinnahmen. Nur dürfte es darauf ankommen, daß die Erparungen an der richtigen Stelle gemacht und die Einnahmen nicht allein durch weitere Belastung des Steuerzahlers vermehrt werden. In beiden Punkten aber verfehlt es das Programm des Dr. Dunajewski gar arg, denn mit den Erparungen will der Minister den Anfang gerade da machen, wo sonst Minderst die erste Pflicht des Staates ist, bei den Wittwen und Waisen der öffentlichen Beamten; und die Erschließung neuer Einnahmequellen zu denken Dr. Dunajewski durch nichts Anderes zu bewirken, als durch die möglichst intensive Anziehung der Steuerstraße. Es sind das keine erbaulichen Ausichten, die dem österreichischen Steuerzahler da eröffnet werden. Der Schluss der ministeriellen Darlegungen bildete dann doch wieder die Ankündigung der unvermeidlichen Anleihe.

Der große Augenblick in Frankreich ist da: das Ministerium Gambetta ist mit folgender Liste in's Leben getreten: Gambetta Präsident und Minister des Auswärtigen mit Spuller als Unterrichtssecretär, Waldeck-Roussseau Inneres, Vert Unterrichts, Campenon Krieg, Allain Targé Finanzen, Raynal öffentliche Arbeiten, Cochetz Posten, Rouvier Handel, Kolonien und Handelsmarine, Cazot Justiz, Soujeard Kriegsmarine, Depes Landwirthschaft, Proust Künste und Gewerbe. Dem Präsidenten Grévy wurde das Wort in den Mund gelegt, das „große Ministerium“ werde eine große Enttäuschung sein. Die Prophezeiung scheint sich erfüllen zu wollen. Die erste Enttäuschung zeigt sich schon jetzt in Gestalt der Ministerliste, welche die Ankündigung gambettistischer Blätter, dieselbe

